MERK'S WIEN

VON THOMAS CHORHERR

Präsidentschaftswahlen ff. Sind wir Europas Dümmste?

Bis zur Amtseinführung des neuen Staatsoberhaupts, wer immer es auch sein mag, ist noch genügend Platz für Torheit.

Es gibt Dinge im Leben, die so traurig sind, dass sie schon wieder zum Lachen reizen. Und es gibt umgekehrt Dinge, die so lächerlich scheinen, dass sie fast zum Weinen anmuten. Die heimische Politik ist diesbezüglich eine Fundgrube. Dass allzu oft die Dummheit Pate steht, kommt erschwerend dazu. Aber sind wir wirklich dümmer als andere Bewohner des Kontinents?

Fast ist man versucht, dies zu bejahen, säße man da nicht als Beschmutzer in einem Nest, das uns ohnehin schon genug an Reinigungsarbeit abverlangt. Zu den Beispielen gehört als einer der besonders krassen Fälle der verfassungsrichterliche Zwang, wegen allzu großer, durch pure Schlamperei hervorgerufene Mängel die Volkswahl des Staatsoberhaupts zu wiederholen. Das ist, wie man annimmt, keinem anderen demokratisch regierten Land im vergangenen Jahrhundert passiert und geschah höchstens im Urwald oder im Dschungel. Und dort wahrscheinlich nur insgeheim.

Traurig oder lächerlich? Österreichs Staatsoberhaupt ist nun bis zum Oktober eine Dreifaltigkeit. Einer von den drei jetzt „regierenden" Personen war der Präsidentschaftskandidat, dessen Mannschaft die Wahl anfechten ließ. Wunderlich, höchst wunderlich! Österreichisch, könnte man sagen. Erst im Frühwinter wird dann der neue Bundespräsident feierlich in sein Amt eingeführt werden.

Die Angelobung kommt diesmal dem Vorsitzenden des Bundesrates zu, der statt der Nationalratspräsidentin an der Reihe ist. Man kannte seinen Namen nicht – bisher. Man wird ihn künftig als Beispiel eines politischen Hinterbänklers nennen, der plötzlich berühmt geworden ist. Nicht, weil er das präsidentielle Interregnum beendete. Auch nicht, weil er als steirischer Abgeordneter bei der sattsam bekannten Wiener Regenbogenparade eine Rede hielt – das hat auch als erster Spitzenpolitiker Bundeskanzler Kern getan. Nein: Weil er zum Erstaunen vieler, die es nicht wussten, in dieser Ansprache gerufen hat: „Ich bin ein Schwuler!" Überraschung!

Vor allem für jene, denen das öffentliche Outing eines Politikers, noch dazu während eines einschlägigen Umzuges, ungewöhnlich scheint. Dass sich in der politischen Arena heute auch gleichgeschlechtlich Interessierte tummeln, ist längst nichts Neues mehr. Neu ist höchstens, dass sich der Mann, der den Eid des künftigen Staatsoberhaupts entgegennimmt, fast selbstzufrieden über seine zwischenmenschlichen Neigungen äußert.

Na und! Die Zeiten, da irgendjemand irgendetwas dagegen haben konnte, sind längst vorüber. Andere Zeiten aber sind noch nicht passé. Dass Michael Scharang, ehemals KPÖ-Mitglied und auch ansonsten für die Versorgung mit politischer Reizlektüre gut, Österreich als einen nichtswürdigen Staat sieht, ist nichts Neues. Dass er jüngst im „Spectrum" das erwähnte Urteil des Verfassungsgerichtshofs, das die Wiederholung der Präsidentenwahl erzwingt, in Grund und Boden verdammt, haben auch andere getan. Aber zu sagen, dass im „katholischen Österreich" immer wieder die Totenglocke läute, ist dumm. Und dass, wenn man den Präsidenten des VfGh mit seinem klassischen „Provinzlerakzent" sprechen höre, man den Glauben an eine Emanzipation der Menschheit verliere, ist mehr als das. Es ist eine Infamie und zudem der größte Unsinn, der seit Langem von einem Menschen geschrieben wurde, von dem etliche meinten, dass er sich einen Rest von Klugheit bewahrt habe, und dass man ihn immerhin lesen sollte. Ich werde es nicht mehr tun.

Der Autor war langjähriger Chefredakteur und Herausgeber der „Presse".
E-Mails an: **thomas.chorherr@diepresse.com**

Vermasselt die Politik Bankenumzug nach Wien?

Gastkommentar. Mehrere europäische Metropolen hoffen, vom Exodus der Banken aus London nach dem Brexit profitieren zu können.

VON HANNS F. HÜGEL

Bis zu 80.000 Finanzjobs könnte London als Folge des Brexit verlieren. Ausländische Politiker werben bereits für die Übersiedlung nach Deutschland und Frankreich. Doch auch Wien scheint überraschend gut im Rennen zu liegen. Nur, vermasseln die Steuerideen der österreichischen Politiker diese Chance?

Wirtschaftszeitungen sind voll davon: Bisher öffnete die britische Banklizenz im Wege des „Passport" die Erbringung von Dienstleistungen in der gesamten EU, ohne dass eine Banklizenz des Ziellandes benötigt wird. Finanzierungen, Derivatgeschäfte, Beratung im Investmentbanking, etwa bei Börsegängen und M&A-Transaktionen – all dies kann von London aus EU-weit ohne Lizenz des Zielstaates erbracht werden.

Nach dem Brexit ist Schluss damit. Etliche Londoner Banken werden Abteilungen auf den Kontinent verlegen. So überlegt die englische HSBC die Übersiedlung von 1000 Jobs nach Paris. US-Banken, für die London bisher als Eintrittspforte zur EU fungierte, werden den Sitz nach Kontinentaleuropa verlagern. Der Finanzplatz London beschäftigt 800.000 Menschen. Der Aderlass könnte dramatisch sein.

„A fantastic place to live"

Das Werben um Brexit-Flüchtlinge ist voll im Gange, denn Entscheidungen in der Finanzbranche fallen rasch: Bereits vor dem Brexit-Votum pries sich Paris als neues Bankenzentrum an. Zwar sei Berlin die Hauptstadt, beim Thema Finanzen aber Frankfurt die Nummer 1, tönt es aus der Hessen-Metropole. Ministerpräsident Volker Bouffier bewirbt Frankfurt schließlich als Sitz der Europäischen Bankenaufsicht EBA.

Die Fondsszene rechnet mit Verstärkung der Investmentfirmen in Luxemburg und Dublin. Und Bayerns Finanzminister Markus Söder hat sogar München als Zuzugsort ins Spiel gebracht.

In österreichischen Gazetten aber kam das Thema kaum vor. Politiker haben es offenkundig noch nicht wahrgenommen. Dabei ist Wien keineswegs chancenlos. Die „International New York Times" hat eine Hitliste der Zielstandorte vorgestellt. Wien rangiert nach Punkten nur knapp hinter Amsterdam und Frankfurt an dritter Stelle – und noch deutlich vor Paris.

Im Vergleich zu Frankfurt besticht Wien etwa durch die „high on-time performance" seines Flughafens, vor allem aber aufgrund der Top-Lebensqualität: „It's a fantastic place to live", wird ein Autor des Global Financial Centers Index zitiert. Hingegen sei das dominante Finanzzentrum Frankfurt „simply too boring".

Paris fällt deutlich hinter Wien zurück: Nur 39 Prozent sprechen fließend Englisch (Österreich: 73 Prozent), teures Leben, strenge Schulen, schlechte Airports, erschwerte Kündigung von Arbeitnehmern (wie in Deutschland), Feindseligkeit gegenüber „Rei- ❯

PIZZICATO

Mayday! Mayday!

In Österreich war es dem neuen Kanzler zu verdanken, dass das unter Journalisten eher mit Nasenrümpfen bedachte Herumwitzeln über Namen wieder Aufwind hat. So spekulierte man etwa darüber, wer denn des Kerns zugehöriger Pudel sei, dass Österreich endlich doch ein Kernkraftwerk habe, und ob in der Regierung Schluss mit dem matschkern, stänkern und flunkern sei. Die neue Premierministerin der Briten hat dasselbe ausgelöst: lauter Schmähs mit May, etwa „Iron Mayden". Der Name hat ja auch etwas für sich: Der Autor Karl May trug ihn, ebenso Curtis LeMay, der harte US-Luftwaffengeneral, der in den 1950ern gern die Sowjets genuked hätte. Wir denken an Queen-Gitarrist Brian May oder die deutsche Allzweck-Aktrice Michaela May. Überhaupt steckt in jedem Mayer eine May. Sie hat einen eigenen Asteroiden, den 1892 entdeckten (348) May, und kann auf der Isle of May vor Schottland Urlaub machen. Spiderman, der Superheld, hat sogar eine Tante, Aunt May.

Oft wird jetzt auch „Mayday" geschrieben, das ist der internationale Code für Funknotrufe. Dabei hat er mit May (oder Mai) gar nichts zu tun: Man hat ihn in den 1920ern grob und grammatisch nicht wirklich korrekt aus dem Französischen „m'aider" bzw. „m'aidez" abgeleitet, in etwa „Helft mir!". Nun ja: Hilfe hat das Vereinigte Königreich derzeit tatsächlich auch bitter nötig. (wg)

Reaktionen an: **wolfgang.greber@diepresse.com**

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33, A-1030 Wien oder an leserbriefe@diepresse.com

Prof. Köck hat Klartext gesprochen: Danke dafür

„Höchstgericht hätte Wählerwillen achten müssen", GK von Heribert Franz Köck, Rechtspanorama, 4. 7.

Professor Köck hat nach all den seichten Stellungnahmen vieler Politiker zum Verfassungsgerichtsurteil Klartext gesprochen. Danke dafür. Zwei Punkte seien noch hinzugefügt.

Erstens: Präsident Holzinger sagt in seiner Begründung des Urteils: „Die Entscheidung [. . .] macht niemanden zum Verlierer und niemanden zum Gewinner." In diesem „versöhnlichen" Satz steckt eine unglaubliche Heuchelei. Vor dem Gericht sind drei Prozessparteien aufgetreten: die FPÖ, Herr Van der Bellen mit den Grünen und die Wahlbehörde des Innenministeriums. Gewonnen hat die Partei der Herren Strache und Hofer, verloren haben die beiden Prozessgegner. Verlierer sind aber auch die Wähler Van der Bellens in der Stichwahl, immerhin die (wahrscheinliche) Mehrheit der Österreicher. Im anlaufenden neuerlichen Wahlkampf wird wohl der Vorwurf der Wahlfälschung, offen und unterschwellig, vom Prozessgewinner FPÖ mit Erfolg weiterhin vorgetragen werden.

Zweitens: Der VfGH führt in der Urteilsbegründung aus, dass die „rechtswidrige Weitergabe von Vorabinformationen durch die Bundeswahlbehörde" die Aufhebung der Bundespräsidentenwahl zum Ergebnis gehabt hat und haben müsse. Man fragt sich, ob ein Bundesminister nach dieser Abfuhr im Amt bleiben kann.

Statt eines Rücktritts ist dem Innenminister allerdings nur die Beobachtung der erneuten Stichwahl durch die OSZE in den „betroffenen Bezirken", aber nicht in dem hier allein betroffenen Innenministerium eingefallen.

Prof. Dr. Helmut Sihler, 9210 Pörtschach

Hitlers Geburtshaus lieber abreißen

„Supermarkt statt Hitler-Haus?", Martin Fritzl, 13. 7.

Gedenkstätten für die Gräueltaten sind sehr sinnvoll und auch schon sehr gut gelungen. Aber wozu ein Geburtshaus revitalisieren? Das birgt schon eine große Gefahr, zur Kultstätte für Neonazis zu werden. Und wozu soll es gut sein? Was soll die Jugend daraus lernen? Wir kultivieren ja auch keine Geburtshäuser von Gurus, die offensichtlich in die Irre geführt haben – ganz zu schweigen von Massenmördern.

Bei Berchtesgaden liegt es anders. Es ist ein Ort von folgenreichen Entscheidungen. Auch da gab es beim Neubau des Museums Warnungen vor einer kommenden Kultstätte. Die Faszination des Ortes war aber ohne das Museum stärker; das gute Museum schilt jede Faszination Lügen. Trotz- ❯

chen“ (da können wir problemlos mithalten). Sogar der vom Höchstgericht längst aufgehobene 75-Prozent-Spitzensteuersatz schadet heute noch im Ranking.

Österreichs Standortsünden

Wohl deshalb stellt Staatspräsident François Hollande, glückloser Erfinder der 75-Prozent-Reichensteuer und auch sonst eher das Gegenteil eines Manchester-Kapitalisten, hier eine Trendwende in Aussicht: „Vorschriften, auch die steuerlichen, sind anzupassen, um den Finanzplatz attraktiver zu machen.“ Spitzenreiter Amsterdam hat nur einen schwarzen Punkt: die Begrenzung der Banker-Boni mit 20 Prozent des Jahresbezugs.

Glücklicherweise ist der Autor der Hitliste nicht mit der Hitliste der österreichischen Standortsünden vertraut: Entgangen ist ihm zunächst die in Westeuropa einmalige budgetwirksame Bankenabgabe. Die gibt es sonst nur in Ungarn, in der Slowakei und in Polen: keine attraktive „Peer Group“. Managerbezüge über 500.000 Euro bleiben als „Luxusausgabe“ weiterhin steuerlich diskriminiert.

Unsere Politiker wissen besser als Unternehmenseigentümer, welche Manager sich jedes Unternehmen – unabhängig von Größe und Branche – leisten soll. Der neue Spitzeneinkommensteuersatz von 55 Prozent befördert Österreich in den Standortrankings endgültig in die Gruppe der Höchststeuerländer; Schweden, Dänemark und Portugal liegen mit ca 56 Prozent nur unwesentlich höher.

Wie man Zuzug abschreckt

Dass die neuen 55 Prozent erst ab Einkommen von einer Million Euro eingreifen, ist den Standorttabellen, in denen Österreich seine Steuer-Spitzenstellung erneut ausgebaut hat, oft nicht zu entnehmen. Der Ertrag dieser Zuzugs-Abschreckung beschränkt sich auf dürre Mehreinnahmen (40 Mio Euro) von ca 200 „Reichen“ – wohl überwiegend Manager und Unternehmer, nicht untätige Erben. Weitere Reichensteuern werden von Arbeiterkammer und Gewerkschaft fast täglich gefordert. Nicht einmal die dreimalige Aufhebung durch die österreichischen und deutschen Verfassungsgerichte schreckt die heimischen Steuerpolitiker vor Erbschaftssteuerträumen ab. Die von der SPÖ erneut ins Spiel gebrachte fortschrittsfeindliche Wertschöpfungsabgabe (Maschinensteuer), die es sonst nur in Italien und Frankreich gibt, muss die Finanzbranche zumindest verunsichern, zumal Zinsenaufwendungen zur Bemessungsgrundlage zählen sollen.

Angesichts der gegenwärtigen minimalen Zinsmargen muss eine staatliche Kostenerhöhung bei den Refinanzierungskosten tödlich wirken. Die als Investitionsförderung angekündigte degressive steuerliche Abschreibung ist vor allem für die produzierende Wirtschaft interessant, nicht für investitionsarme Dienstleister wie die Finanzbranche. Dienstleister, die heute schon 75 Prozent der Arbeitsplätze stellen und am ehesten rasch neue Arbeitsplätze schaffen können, sollen offenkundig nicht gefördert werden.

In der Geiselhaft der Politik

Im internationalen Steuerwettbewerb fällt Österreich durch Teilnahmslosigkeit auf: Mehrere CEE-Staaten belohnen Investitionen mit 100-prozentigen Steuerbefreiungen für zehn Jahre und gewähren Zuschüsse für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Nicht nur wegen der hohen heimischen Lohnabgaben steht eine VW-Fabrik mit fast 10.000 Arbeitnehmern bei Bratislava und nicht zehn Kilometer westlich.

Zuschüsse fördern nicht nur Technologieunternehmen, sondern vor allem Start-ups, die wegen Anlaufverlusten noch keine Steuerbefreiung benötigen. Wir knallen ihnen in der Verlustphase eine Mindeststeuer auf.

England will die Brexit-Nachteile kompensieren: Die Körperschaftsteuer soll von jetzt schon mageren 20 auf unter 15 Prozent gesenkt werden. Dies ist schon fast Steueroasen-Niveau. Die Schweiz senkt die Körperschaftsteuer auf zwölf bis 14 Prozent und schließt damit zum bisherigen EU-Niedrigststeuersatz von 12,5 Prozent in Irland auf. Österreich liegt mit 25 Prozent rund doppelt so hoch. Diese Standortnachteile nehmen Österreichs Politiker nicht einmal wahr.

„Die Dummheit, die zum Himmel schreit“, heißt es so treffend in „I am from Austria“, Reinhard Fendrichs inoffizieller Bundeshymne, tröstlich gefolgt von „da bin i her, da g’hör i hin“. Denn, ja: „A fantastic place to live“. Ja, definitiv! Nur leider in der Geiselhaft der heimischen Steuerpolitik.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

DER AUTOR

Univ.-Prof. Dr. Hanns F. Hügel ist Seniorpartner von BPV Hügel Rechtsanwälte. Er hat zahlreiche Bücher und Artikel zum Unternehmens- und Steuerrecht verfasst und hält Lehrveranstaltungen an der Universität Wien. Seit 20 Jahren berät er das Bundesministerium für Justiz in Fragen des Gesellschaftsrechts. [Privat]

QUERGESCHRIEBEN

VON GUDULA WALTERSKIRCHEN

Wie Präsident Erdoğan seinen Einfluss in Österreich ausweitet

Dem neuen Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft wird von muslimischen Verbänden vorgeworfen, einen politischen Islam zu vertreten.

Statt für die Politik ein verlässlicher Ansprechpartner zu sein, wird die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) zunehmend zum Problemfall. Für die Politik war es praktisch, den Dachverband quasi zu „verkirchlichen“ und damit nur einen einzigen Ansprechpartner und Verantwortlichen statt einer Vielzahl von Moscheenvereinen als Visavis zu haben. Bloß funktioniert dies nicht.

Zum einen weisen Muslime darauf hin, dass sie keine Kirche sind; zum anderen gibt es im Islam im Grunde keine Trennung von Politik und Religion, wie man beim türkischen Verein Atib, dem der neue Präsident Ibrahim Olgun angehört hat, gut ablesen kann.

Olgun ist Theologe und war Angestellter der Atib, deren Obmann der türkische Kulturattaché ist. Der Verein gilt als absolut Erdoğan-treu und als dessen Arm im Ausland. Innerhalb der IGGiÖ wird befürchtet, dass die türkische Gemeinschaft und Vereine wie Atib nun eine Vormachtstellung einzementieren und künftig den Alleinvertretungsanspruch für alle Muslime in Österreich stellen wollen. Dagegen wehren sich die Kurden, denen eine eigene Vertretung zugesprochen wurde.

> “ Es kann nicht das Ziel sein, einen politischen Islam, wie er gerade in der Türkei unter Erdoğan etabliert wird, in Österreich zu akzeptieren oder gar zu fördern.

Die Initiative Liberaler Muslime fordert ein Verbotsgesetz für radikale Islamverbände und jene, die einen politischen Islam vertreten, ähnlich dem NS-Verbotsgesetz. Dazu zählen sie unter anderen die Muslimbruderschaft, Milli Görüs – und auch die Atib.

Auch die arabischstämmigen Muslime, allen voran deren Vorsitzende Hassan Mousa, kritisierten die Wahl des neuen Präsidenten als „undemokratisch“ und „gesetzwidrig“. Sie haben die Wahl angefochten. Mousa befürchtet, dass fortan die türkische Religionsbehörde den Ton angeben werde, was sicher zu keinem Islam europäischer Prägung, sondern zu einem politischen Islam führen werde.

Dabei berührt Mousa, Betreiber einer umstrittenen strengreligiösen Schule, einen sensiblen Punkt: Hauptziel des neuen Islamgesetzes ist es, Muslime in Österreich der Fernsteuerung aus dem Ausland zu entziehen. Schon vor dem Beschluss des Islamgesetzes waren große Vereinigungen wie Atib gegen das Verbot der Auslandsfinanzierung Sturm gelaufen.

Dass der immer autoritärer regierende Erdoğan Anhänger eines fundamentalistisch-politischen Islam ist, beweist er täglich. Ebenso betont er, dass er Auslandstürken als seine Untertanen und als Vortrupp für eine (Rück-)Eroberung Europas betrachtet. Erdoğan spricht gern von der Wiedererrichtung des Osmanischen Reiches und ruft seine Landsleute im Ausland dazu auf, sich nicht zu integrieren.

Die problematische Wahl des neuen IGGiÖ-Präsidenten, die selbst von türkischen Vereinen wegen Regelwidrigkeiten kritisiert wird, ist erst der Auftakt für eine weitere Diskussion innerhalb der muslimischen Gemeinden in Österreich über Grundsätze und Ziele. Die Angelegenheit ist aber auch für Nicht-Muslime von Bedeutung, hängt davon doch das Gelingen oder Nichtgelingen des künftigen Zusammenlebens ab. Der deutsche Islam-Kritiker Hamad Abdel Samad wertet es als Fehler, dass die Politik die Integration über die Islamverbände regeln will. Diese seien konservativ dominiert und würden immer mehr Ansprüche erheben.

Der neue IGGiÖ-Präsident ist in der Öffentlichkeit ein noch unbeschriebenes Blatt. Er betont, „Brücken bauen“ zu wollen. Er hat alle Chancen, Distanz zu Ankara und zum fundamentalistischen Islam zu beweisen. Aber es ist notwendig, dass seine Aktivitäten sowohl von der islamischen Gemeinde als auch von außerhalb mit Argwohn beobachtet und notfalls auch Konsequenzen gezogen werden.

Das Islamgesetz sollte überarbeitet und Vorgänge in der IGGiÖ und in fundamentalistischen Vereinen von den Verantwortlichen in diesem Land genau verfolgt werden. Es kann nicht das Ziel sein, einen politischen Islam, wie er gerade in der Türkei etabliert wird, in Österreich zu akzeptieren oder gar zu fördern.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

Zur Autorin: Dr. Gudula Walterskirchen ist Historikerin und Publizistin. Sie war bis 2005 Redakteurin der „Presse“, ist seither freie Journalistin und Autorin zahlreicher Bücher mit historischem Schwerpunkt.

Morgen in „Quergeschrieben“: Martin Engelberg.

dem werde ich mich freuen, wenn die Zuständigen in Österreich bei der Abrissidee bleiben. Der Fremdenverkehr wird den Kult wohl nicht nötig haben.
Mag. Gerda Hofreiter, 6060 Hall in Tirol

Kaffeehaussprache

„Übers Registrieren in Kaffeehäusern“, Gastkommentar von Otto Brusatti, 6. 7.
Zu den klassischen Angeboten in Kaffeehäusern soll unter anderem Soda Zitron gehören. Abgekürzt sagen die Radfahrer, weil in der Hitze der Durst wächst, „einen großen Sozi“ zum Kellner. Wenn dieser antwortet, einen solchen habe man nicht, hat er die Frage politisch beantwortet. Schließlich konnte die SPÖ als Nachfolger für Dr. Heinz Fischer keinen geeigneten Nachfolgekandidaten präsentieren. Auch die ÖVP nicht. Kleine Schwarze kommen offenbar nicht gut an, dafür große Braune umso mehr – um in der Kaffeehaussprache zu bleiben.
Dr. Karl Beck, 3002 Purkersdorf

Auf die Größe kommt es an

Leserbrief von Prof. E. Exner, 12. 7.
Prof. Exner sollte wissen, dass die Niederlande (16,9 Mio. Ew.) und Belgien (11,2 Mio. Ew.) nicht kleiner, sondern größer als Österreich (8,5 Mio. Ew.) sind. Die Schweiz (8,2 Mio. Ew.) ist fast so groß wie Österreich. Es kommt nämlich nicht auf die Fläche, sondern auf die Einwohnerzahl an.
Dr. Oswald Soukop, 1230 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE
Leitung: Burkhard Bischof
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe:
Henriette Adrigan
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte im Internet:
DiePresse.com/debatte
Hinweis: Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.

Ein Weckruf aus Texas an Europa

George Friedman über Krisenherde, die den Kontinent bedrohen könnten.

Reich zu sein und zugleich schwach zu sein ist eine gefährliche Kombination.“ George Friedman, der das festhält, meint damit nicht irgendwelche Millionäre, sondern er beschreibt damit den heutigen Zustand Europas. Dieses Europa wolle sich nicht eingestehen, dass es in einer Welt voller Wölfe lebe: „Einige lauern bereits draußen, weitere werden auftauchen.“

Praktisch jedes Land, das sich zu einer militärischen Macht aufschwingen wolle, könne den Europäern die Pistole an die Brust setzen: „Kauft euch den Weg frei, ignoriert das Problem in der Hoffnung, dass es von allein verschwindet, oder kapituliert.“ Die Europäer berauben sich selbst dabei immer mehr ihrer Möglichkeiten, sich zur Wehr setzen. Wehe, wenn ihnen die USA via Nato nicht mehr sagen, wo es sicherheitspolitisch entlanggehen soll.

Das ist gewiss eine sehr amerikanische Sicht der Dinge, aber deswegen nicht falsch. Friedman, ein ungarischstämmiger Jude, ist Gründer und langjähriger Leiter der texanischen Denkfabrik Stratfor, spezialisiert auf geopolitische Prognosen. Viele seiner Vorhersagen sind wirklich ein bisschen gar voreilig: Die EU stecke in einer schweren Krise, sie stehe unausweichlich vor ihrem Scheitern und werde nicht zu ihrem Gleichgewicht zurückfinden: „Das kann sie nicht, weil ihre Probleme struktureller Natur sind.“

Werden Deutschland und Russland abermals eine gemeinsame Linie auf Kosten jener Länder finden, die zwischen ihnen liegen? In Polen und in den baltischen Staaten ist diese Angst latent, aber glaubt Friedman tatsächlich, dass die Deutschen die Lektionen der Geschichte wieder vergessen werden? Er schreibt ja selbst: „Es gibt kein Land in Europa, das nicht schlechte Erinnerungen an Deutschland hat. Selbst die Deutschen haben schlechte Erinnerungen an sich selbst.“

Trotzdem: Friedmans Betrachtungen zu Europa sind überaus lesenswert. Schließlich geht es ihm nicht um Schadenfreude, sondern um einen Weckruf an den Kontinent seiner Herkunft. (b. b.)

George Friedman
„Flashpoints“
Pulverfass Europa
Plassen-Verlag,
351 Seiten, 25,70 €